

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst
für den Rest des Jahres und Jugendzeitung einschließlich Sonntagsheft monatlich 30 Pf.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 8.75, unter Kreuzband ins Deutsche und
Oesterreich-Ungarn 10.—, Erheim inkl. mit Aufnahme des Sonntags und Sonntagsheft.

Redaktion: Hainstraße 21, 1. Etage, Dresden 1046.
Erscheinensort: am Montag von 10 bis 1 Uhr.
Vertrieb: Hainstraße 21, Dresden 1789.
Vertriebszeit: von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet, bei dreimonatiger
Anzeige wird Rabatt gewährt. Verordnungen 20 Pf. Insetts müssen
bis spätestens 1/10 Uhr früh in den Expeditionen abgegeben sein und sind im
voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 20.

Dresden, Dienstag den 26. Januar 1909.

20. Jahrg.

Bülow-Krise.

Die preussischen Konservativen gegen die Wahlrechtsreform und gegen den Bloß.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Herr Bülow ist am Ende seiner Kräfte angelangt. Der letzte Beamte des Reiches und des preussischen Staates ist nur noch ein Spielball, der von mannigfachen Strömungen hin- und hergeworfen wird. Kräftlos treibt die von ihm geleitete Regierung dahin und dorthin, nur der Mangel an Gewicht hält sie an der Oberfläche. Schließlich wird sie irgendwo stranden und niemand, von ein paar ausgehaltenen Hülfshingen der Presse abgesehen, wird ihren Untergang bedauern.

Wie hätte doch der Reichskanzler in den Wahlrechtsdebatten des vorigen Jahres im Reichstag den Arbeitern gedroht. Sah ein Herr v. Bülow hinter jedem Streik, so sah damals Herr v. Bülow hinter jeder Straßendemonstration die Hydra der Revolution und wie blank geschliffene Polizeikolben fielen seine Worte auf die schuldigen Häupter der Demonstrationen. Ein Versuch der Einküchtung war's, der seinen Zweck verfehlte. Die Arbeiter haben am Sonntag und am Montag wieder in der Königsgrüner Straße nächst dem Abgeordnetenhaus demonstriert, und wie am 10. und am 11. Januar des vergangenen Jahres lang es auch diesmal wieder aus tausend Mäulern:

Heraus mit dem Wahlrecht! Nieder mit Bülow!

Hat sich die Erde aufgetan, um die Rote Korax zu verschlingen? Nichts dergleichen geschah. Die Besonnenheit der Demonstrationen verhindert jeden Zusammenstoß mit der Polizei, die — wie gerne anerkannt werden soll, von ganz vereinzelt und ziemlich unbedeutenden Fällen abgesehen — sich auch ihrerseits jeder Provokation und Gewalttatigkeit enthält. Der Ministerpräsident hat eingesehen, daß Straßendemonstrationen, wenn sie von großen Massen getrieben sind, nicht verhindert werden können, und er hat begriffen, daß es nicht angeht, die Straßen Berlins wenige Tage vor dem 30. März dem Kaiser und dem Einzugs des englischen Königs verkehrslos zu machen. Auch die neuerlichen Drohungen mit einem neuen Sozialistengesetz haben, wie man sieht, die Berliner Arbeiterschaft vollkommen läßt gelassen; die Nationalkraft der sozialdemokratischen Partei ist durch sie keinen Augenblick geschwächt, sondern höchstens noch gesteigert worden.

Und so wenig Herr v. Bülow den Arbeitern imponiert, so wenig imponiert er auch ihrem Widerpart, den Junkern. In der Wahlrechtsdebatte, die das preussische Abgeordnetenhaus am Montag unter dreifacher polizeilicher Bedeckung die überfüllten Tribünen und unter ungeheurer Spannung begann, hat der Redner der konservativen Freireiher v. Richterhoffen durch eine namens seiner Partei abgegebene Erklärung der Regierung das Ultimatum gestellt.

Während noch vor wenigen Tagen in der Stadtdebatte der Abg. v. Wappenheim auszusprechen durfte, daß sich seine Partei an einer künftigen Wahlrechtsreform positiv beteiligen wolle, erklärte jetzt der Herr v. Richterhoffen, daß an den Grundlagen des Dreiklassenwahlrechts nicht gerüttelt werden dürfe, und mit drohender Gebärde fügte er hinzu, einer Regierung gegenüber, die an den Grundlagen des Dreiklassenwahlrechts rüttelte, würde seine Partei ihre Haltung in einschneidender Weise ändern.

Für die Regierung Bülow bedeutet diese konservative Erklärung einen Einhaltbefehl, durch welchen ihr bei Strafe ihrer sofortigen Absetzung verboten wird, auf dem Wege, den sie beschritten hat, weiter fortzugehen. Herr Bülow hat eine Wahlrechtsreform verprochen, und die wichtigsten Aufgaben der Gegenwart erklärt. Es war kein Wunsch so naiv, anzunehmen, daß damit eine Reform gemeint wäre, die sich innerhalb der Grundlagen des Dreiklassenwahlrechts vollziehen sollte; denn für eine solche Reform, die in der Hauptsache alles beim alten läßt, wäre der Ausdruck „wichtigste Aufgabe der Gegenwart“ eine bis zur Unkenntlichkeit unwahrscheinliche Bezeichnung. Vielmehr war es allgemein bekannt, daß die Regierung, wenn auch mit unständlicher Langsamkeit und ängstlicher Sorge, ihr Schicksal nach der Richtung des nationalliberalen Pluralwahlrechts steuert, bei dem sie für geruame Zeit einen gewissen Halt zum Saube gegen alle Volksstürme zu finden glaubte. Die Regierung selbst rechnete darauf, daß sich Ähnliches wie in Sachsen die Konservativen zur positiven Mitarbeit an der Neugestaltung des Landtagswahlrechts entschließen würden, schon aus der einfachen Erwägung heraus, daß es dann in ihrer Hand lag, das künftige Pluralwahlrecht nach ihrem Willen und Interessen beliebig zu gestalten. Diese Rechnung der Regierung wäre zweifellos richtig gewesen, läte sich nicht eine der wichtigsten Stützen und Autorität der Regierung selbst. Die konservative Partei wird sich jetzt einer ja wachen, autoritätlosen und schwankenden Regierung gegenüber, darum schlägt sie mit der Faust auf den Tisch und droht den Ministern: „Ehe das Dreiklassenwahlrecht fürst, fürst für!“

Der preussische Minister des Innern Herr v. Rolke hat zwar zweifellos von dem Inhalt der konservativen Erklärung schon im voraus verständigt worden und so war er glücklicherweise imstande, noch geschwind „als freier Mann“ sagen zu können, was er nach der Rede des Freiherrn v. Richterhoffen als Gesandter hätte sagen müssen. Ein ungeschickteres, hilfloseres, verlegeneres

Serede als diese Ministererklärung ist noch selten produziert worden. Erst vor: an endlose Vorarbeiten angekündigt, wie es die Konservativen wollen, dann werden Andeutungen über die Richtung der künftigen Reform gemacht, die von den Nationalliberalen als geheime Liebeserklärungen für das Pluralwahlrecht aufgefaßt, aber, wenn es sein muß, auch in genau umgekehrtem Sinne erklärt werden können. Es wird von einer allgemeinen Richtlinie der schwebenden Erwägungen gesprochen und schließlich sogar eine „demnächst einzubringende Vorlage“ versprochen, wobei das Wort „demnächst“ aber offenbar nicht die zeitliche Nähe, sondern nur die zeitliche Nachfolge der Vorlage nach den „eine gewisse Zeit“ erfordernden Vorarbeiten ankündigt sollte. Die Sprache dieser Erklärung ist nicht die Sprache einer starken, führenden Regierung, sondern die vortäuschlich verkaufterte Redeweise von Bankrottlingen und Schwächlingen.

Die Regierung ist schwach, aber die Junker fühlen sich dafür desto stärker. Indem sie dem armen gedanklosen Reichskanzler die Richtlinien vorschreiben, nach denen er sich zu bewegen habe, falls er nicht davongejagt werden sollte, schenken sie eine gänzlich neue politische Situation, die für eine nahe Zukunft recht interessante Entwicklungen verspricht. Entweder muß Bülow den ihm hungernden Fehdehandschuh aufnehmen und sich für Reichsfinanzreform und Wahlreform im Reichstag und Landtag eine neue Mehrheit gegen die Junker suchen, oder aber er muß sofort den Platz räumen, den er ohne Verlust seiner Menschewürde nun nicht mehr behalten kann.

Eine Regierung, die vor der Rebellion der Steuerbeitragsweigernden Erben im Reichstag und der Dreiklassenpartei im preussischen Landtag kapituliert, mühte — bliebe sie im Amt — binnen kurzem durch eine Rebellion des Volksgewissens mit Schimpf und Schande davongejagt werden. Zur Reichsanarchie gestellt sich jetzt der vollständige Zusammenbruch der Autorität im preussischen Reich.

Das ist das erste und wichtigste Ergebnis der neuen Wahlrechtsdebatte.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom Montag den 25. Januar.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung der Anträge Kronprinz und Genossen (freil. Volksp. und Vereinigt.) und Dr. Szaman (Volk.) auf Einführung des allgemeinen, gleichen direkten und geheimen Wahlrechts und Änderung der Wahlkreis-einteilung.

Minister des Innern v. Rolke:

Aus der letzten Rede des Herrn Ministerpräsidenten und früheren Bundespräsidenten der Regierung ist Ihnen wohl bekannt, daß seit längerer Zeit Vorarbeiten im Gange sind, welche die Grundlage für eine Gestaltung der Wahlreform abgeben sollen. Diese Vorarbeiten bewegen sich augenblicklich auf dem Gebiete der Wahlkreis-einteilung der letzten Landtagswahl. Sie werden mit Nachdruck gefördert, verlangen aber, wie es die Natur statistischer Arbeiten bedingt, eine gewisse Zeit zu ihrer Fertigstellung. Die Fertigstellung der Spezialüberarbeiten der Wahlkreiseinteilung steht unmittelbar bevor, sie ist für alle Erwägungen und Entscheidungen auf diesem Gebiete unumgänglich notwendig. Vorhandene frühere Statistiken reichen nicht aus, sie sind überholt durch die letzten Wahlen, bei welchen, wie Sie wissen, zum ersten Male neue Wahlvorchriften in Wirkung traten, bei welchen auch erstmalig die neue Einkommensteuerverordnung ihre Wirkung äußerte, bei welchen zum ersten Male die Sozialdemokratie im allgemeinen in den Wahlkampf eingetreten ist und bei welchen auch sonstige Vereinfachungen ihre Wirkung auf die Verteilung an der Wahl ausüben. Es kommt hinzu, daß die früheren Wahlstatistiken nicht mit Feststellungen übereinstimmen, die bei den gegenwärtig schwebenden Erhebungen von Bedeutung sein müssen. Demnach habe ich in der letzten Wahl auf eingehendere Erhebungen eingerichtet werden müssen, als in früheren Fällen. Andernfalls hätte es an einer Handhabung gefehlt, gewisse Merkmale des Besitzes, der Steuerkraft, des Alters der Wähler statistisch zu erfassen, Merkmale, auf deren Festlegung im Hinblick auf die in früheren Besprechungen der Wahlreform in diesem Hause geschehenen Anregungen nicht verzichtet werden durfte. Sobald die allgemeine Wahlstatistik vorliegt, wird es erforderlich sein, spezielle statistische Erhebungen in Musterbezirken folgen zu lassen, welche die Wirkung der in Betracht kommenden Änderung der Wahlvorchriften anschaulich machen. Es wird auch bei diesen schwierigen Arbeiten keine Zeit unnütz verloren gehen. Aber kein Minister des Innern wird in der Frage der Wahlreform ohne solche eingehenden und sorgfältig durchgeführten Vorarbeiten mit Vorschlägen an das hohe Haus herantreten können. Man würde mir — und das mit Recht — Mangel an Gewissenhaftigkeit und Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl vorwerfen können, wollte ich auf diesem wichtigen, für die künftige Entwicklung des Staates entscheidenden Gebiet einen Sprung ins Dunkle machen. Bei dieser Lage der Vorarbeiten werden Sie begreifen, wenn die Regierung es sich versagen muß, sich an der Beratung des Gegenstandes der Tagesordnung zu beteiligen. Ich werde aber Ihren Ausführungen und Vorschlägen mit Interesse folgen. Sollte die Beratung Anhaltspunkte für die Vervollständigung der von der Regierung ergriffenen Vorarbeiten ergeben, so werde ich nicht anfechten, mir dieselben zunutze zu machen, soweit sie sich innerhalb der allgemeinen Richtlinien der schwebenden Erwägungen und der demnächst einzubringenden Vorlage bewegen.

Abg. Traeger (freil. Volksp.):

Ich will es anerkennen, daß entgegen früherer Gepflogenheiten der Herr Minister des Innern bei unserer Beratung die Initiative ergriffen hat. Er hat uns freilich nicht gesagt, was wir nicht schon wußten. (Sehr richtig! lach.) In der organischen Entwicklung des jetzigen Wahlrechts sieht der Herr Ministerpräsident eine der wichtigsten Aufgaben. Wir halten die Wahlrechtsreform für eben so wichtig, wie die Finanzreform im Reich. Bei den letzten Wahlen haben sich die alten Uebelstände des Drei-

klassenwahlrechts nur noch in verschärfte Form gezeigt. (Sehr wahr! lach.) In weiteren Ausführungen tritt der Redner für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ein.

Inzwischen ist ein Antrag vorgebracht (natl.) und Genossen eingegangen, der einen Gesetzentwurf fordert, durch den:

1. das Wahlrecht zum Abgeordnetenhaus in einer Weise abgeändert wird, die der Bedeutung der Einzelpersönlichkeit und der kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung unseres Volkes gerecht wird,
2. in dieses Wahlrecht die geheime Stimmabgabe eingefügt,
3. das indirekte durch das direkte Wahlverfahren ersetzt,
4. eine Veränderung der Landtagswahlkreise infolgedessen vorgenommen wird, als durch Umwälzung der wirtschaftlichen und Bevölkerungsverhältnisse eine wesentliche Verschiebung der für die bisherige Einteilung der Wahlkreise maßgebenden Grundlagen eingetreten ist.

Den Antrag der Polen begründet:

Abg. Switalski (Pol.):

Die Erklärung des Herrn Ministers v. Rolke bedeutet eine absichtliche Umgehung des Versprechens der Thronrede. Das Dreiklassenwahlrecht steht mit den Prinzipien der Gerechtigkeit nicht in Einklang, denn dieses bringt die Bevorzugung einer Klasse der Bevölkerung auf Kosten der Massen des Volkes. Wir müssen das geheime Wahlrecht schon deshalb fordern, weil wir in ihm einen Schutz gegen völlige Entrechtung sehen. (Wahr! bei den Polen.)

Abg. Gerold (Zentrum):

Der Herr Minister des Innern hat uns die wichtige Mitteilung gemacht, daß in der Wahlrechtsfrage statistische Erhebungen veranlaßt werden. (Heiterkeit links.) Wir verwerten mit aller Entschiedenheit das Dreiklassenwahlrecht, das im Laufe der Zeit zu einer reinen Karikatur geworden ist. Zum mindesten verlangen wir das geheime Wahlrecht. (Wahr! im Zentrum.) Was die Wahlkreis-einteilung anlangt, so muß die Entwicklung der Bevölkerung allerdings einen gewissen Einfluß auf sie haben, aber die Wahlkreis-einteilung allein kann nicht ausschlaggebend sein, um die Wahlkreis-einteilung danach zu vollziehen. Das wäre eine große Bevorzugung der Großstädte und eine Benachteiligung der ländlichen Kreise. (Sehr richtig! im Zentrum.) Daher werden wir gegen den zweiten Teil der Anträge stimmen. Dem nationalliberalen Antrag können wir nicht zustimmen, da er in seinem ersten Teile viel zu allgemein gehalten ist. Richter hat uns die Punkte vorgehalten, wir hätten unseren Einfluß in der Frage des Wahlrechts nicht gebraucht. Heute haben Sie (zu der Linken) die Nacht. Nun gebrauchen Sie sie zur Durchführung des von Ihnen gewünschten Wahlrechts. (Wahr! Beifall im Zentrum.)

Abg. v. Richterhoffen (Konf.):

Wir halten an der bewährten Grundlage des preussischen Wahlrechts fest. Der Herr Ministerpräsident hat im vorigen Jahre mit Recht gesagt, daß Demonstrationen der Masse einer pflichtbewußten Regierung nicht entgegen kämen. Ich meine daselbst für ein pflichtbewußtes Parlament in Anspruch. Wir werden uns weder durch ruffige noch durch rüchliche Straßendemonstrationen irgendwelcher Art beeinflussen lassen. (Wahr! rechts.) Wenn die Sozialdemokratie infolge eines neuen Wahlrechts in vermehrter Anzahl in das Abgeordnetenhaus kommen würde, würde sie natürlich auch Anträge stellen und würde das allgemeine Wahlrecht für alle Deutschen über 20 Jahre ohne Unterschied des Geschlechts nach dem Proporz fordern — ich weiß nicht, ob es das Proporz oder der Proporz heißt (Heiterkeit rechts). Wie es in einem Parlament nach Ihrem Ideal gehen würde, beweisen Ihre Parteilage. Es würde sich auch zeigen, daß Ihre utopistischen Pläne bezüglich des Wahlrechts in der Praxis undurchführbar sind. Was die Freireiher anbelangt, so wollen Sie mit Ihrem Antrag offenbar die konservative Mehrheit in diesem Hause vernichten. (Zuruf bei den Freil.) Sie sagen, das wäre kein Fehler. Herr Gerold hat Ihnen ja schon Ihre jetzige große parlamentarische Bedeutung vor Augen geführt. (Heiterkeit rechts.) Wenn der Bloß zerfällt, wo sind Sie? Da werden Sie Ihre Bedeutung doch wieder etwas zurückdenken müssen. Wir sollen eine societates leonina (Wolvenvertrag) mit Ihnen abschließen. (Sehr gut! rechts.) Sie wollen uns unseren Einfluß nehmen und scheinen zu erwarten, daß wir eine lächerliche Verbeugung vor Ihnen machen und dabei mitwirken werden. (Sehr gut! und Heiterkeit rechts.) Herr Wedel hat Ihnen ja früher schon gesagt, „wenn Sie in Preußen das allgemeine Wahlrecht einführen, so graben Sie sich damit Ihr eigenes Grab“ und Herr David hat in den Sozialistischen Monatsheften geschrieben: „Es kommt uns darauf an, in Preußen den festesten Pfeiler des preussischen Regiments zu brechen.“ (Zuruf, lach! rechts.) Das Hebrige wird sich dann finden. Das Hebrige sind dann die bürgerlichen demokratischen Parteien, die ja lediglich noch im Dreiklassenwahlrecht der Kommunen die Wurzel ihrer Kraft haben. (Sehr gut! rechts.) Ein eigenartiges Schloßloch auf die jetzige Situation wirkt doch der Wahlrechtskonflikt in Richtung. Kommen dort vielleicht Agrarier und Reaktionen in Frage? (Sehr gut! rechts.) Nein, die Herren Freireiher sind gleich dem Delphin Polstoffs, sie stecken mutig los — wenn sie sich genügend geschüttelt haben. (Große Heiterkeit rechts.) Nun komme ich zu den Nationalliberalen. (Heiterkeit.) Alle ihre großen Männer — ich brauche wohl dabei nicht zu sagen: die Anwesenden sind aufgenommen (große Heiterkeit). — wie Onkel, Engel usw. haben mit großer Schärfe für das Dreiklassenwahlrecht gekämpft. Aber die Herren sind auf der schiefen Ebene immer weiter herabgerückt. Man merkt den zunehmenden Einfluß der Jungen. (Heiterkeit rechts.) Die Herren haben ja dieselben Grundfälle wie in ihrem heutigen Antrag auch im letzten Wahlkampf vertreten, in den sie mit großen Hoffnungen gegangen sind. Die Erfolge waren freilich recht mäßig. Auch das Wort Kulturbloß hat nicht geegnet. (Heiterkeit rechts.) Die Mehrheit des Volkes will von einem Kulturbloß nichts wissen. (Wahr! im Zentrum.) Die Ausführungen des Herrn Gerold über die Bedeutung des Christentums für den Staat sind uns aus dem Herzen gesprochen. (Wahr! rechts.) Ich denke, daß die Elemente, die mit uns auf denselben eifrigen Boden stehen, uns unterstützen werden. Die Zeit wird kommen, wo wir immer mehr das, was uns trennt, vergessen und uns auf dem gemeinsamen Boden der christlichen Weltanschauung begegnen. (Wahr! Wahr! rechts und im Zentrum.) (Abg. Hoffmann [Soz.] auf den Freireiher zu: Da haben Sie die Abhängigkeit! Große Heiterkeit.) Auch die Regierung hat selber mit der